

Erklärung der CDU Berlin zum Checkpoint Charlie

1. Die CDU Berlin begrüßt es, dass die Bundesregierung im Rahmen des Gedenkstättenkonzeptes zur Erinnerung an die zweite Diktatur in Deutschland und die deutsche Teilung ihr Engagement mit den von ihr finanzierten und teilfinanzierten Einrichtungen (u. a. Alliiertenmuseum, Deutsch-Russisches Museum, Tränenpalast, Gedenkstätte Hohenschönhausen, Gedenkstätte Bernauer Straße, Deutsches Historisches Museum) als nationale Aufgabe wahrnimmt.

Wir halten in diesem Zusammenhang ausdrücklich an dem zwischen Bund und Land konzipierten Gedenkstättenkonzept fest.

2. Der Checkpoint Charlie und das dort befindliche Mauermuseum müssen zentraler Bestandteil dieses Konzeptes werden.

Der Checkpoint Charlie hat eine große internationale Strahlkraft für Berlin. Er steht insbesondere für das Eintreten der Amerikaner für die Freiheit Berlins, Deutschlands und Europas. Nicht zuletzt wegen seiner historischen Bedeutung wirbt Berlin zurecht mit diesem Ort.

3. Die Stadt Berlin ist der Bedeutung des Checkpoint Charlie mit der Gestaltung dieses Ortes in den letzten Jahrzehnten nicht gerecht geworden. Die aktuelle Situation auf den Flächen mit einer Strandbar, Imbissbuden und rummelähnlichen Zuständen dokumentieren dies.
4. Die Berliner CDU bezweifelt, dass das von der Senatskulturverwaltung mit öffentlichen Geldern geförderte Museum des Kalten Krieges mit seiner „Einstiegsbox“ eine tragfähige und angemessene Lösung für den Checkpoint Charlie darstellt. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass an diesem Ort ein international anerkanntes und erfolgreiches privatfinanziertes Museum existiert.
5. Neue Ideen sind gefragt. Angesichts des heute trostlosen Zustandes dieses Ortes fordert die CDU Berlin einen Ideenwettbewerb zur Gestaltung des Checkpoint Charlie unter Berücksichtigung der schwierigen Eigentumsverhältnisse. Hier wollen wir auch die Vorschläge der Berlinerinnen und Berliner einbeziehen, die unter der hierfür eingerichteten E-Mail-Adresse checkpointcharlie@cduberlin.de eingehen.

beschlossen auf dem 36. Landesparteitag, 11. Mai 2012